

Bank of England erhöht die Zinsen – und stürzt die Briten in die Reallohn-Falle

Welt, 04.02.2022, Claudia Wanner

https://www.welt.de/wirtschaft/plus236664497/Bank-of-England-erhoeht-die-Zinsen-Briten-in-der-Reallohn-Falle.html?sc_src=email_1711969&sc_lid=166076680&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=2439&sc_cid=1711969&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=94c824e22aa172ca1

Anders als die Europäische Zentralbank hebt die britische Notenbank die Zinsen an. Die Haushalte müssen sich auf einen erheblichen Anstieg der Lebenshaltungskosten einstellen. Vor allem die Energiepreise sind massiv gestiegen. Die Regierung scheint das Problem nur aufzuschieben.

Angesichts der seit Monaten steigenden Inflation hob die Bank of England gestern zum zweiten Mal in direkter Folge die Zinsen an. Der Leitzins stieg um 25 Basispunkte auf 0,5 Prozent. Noch im November hatten die Zentralbanker mit Blick auf die unsichere Datenlage rund um die Omikron-Variante auf einen Anstieg verzichtet, hatten aber im Dezember einen ersten Schritt angekündigt.

Die Entscheidung fiel mit einer Mehrheit von fünf Stimmen. Die übrigen vier Gouverneure hatten für eine noch deutlichere Anhebung um 50 Basispunkte gestimmt, um die Inflation in den Griff zu bekommen.

Im April dürfte die Inflation bei 7,25 Prozent liegen, so die aktualisierte Erwartung der Notenbanker. Angesichts der höheren Zinsen rechnen sie mit einer Reduzierung der verfügbaren Einkommen um zwei Prozent im laufenden Jahr, und um weitere 0,5 Prozent 2023. Das ist der heftigste Druck auf die Kaufkraft seit mindestens 30 Jahren, für die diese Aufzeichnungen vorliegen.

Britische Zentralbank warnt vor Arbeitsmarkt-Engpässen

Zusätzlich beendet die Zentralbank auch ihr Programm für Reinvestitionen in Staatsanleihen und das 20-Milliarden-Pfund-Programm für Unternehmensanleihen. Sie warnte zudem vor erheblichen Engpässen am Arbeitsmarkt, unter anderem in der Gastronomie, am Bau, bei Ingenieurberufen und in der Informationstechnologie.

Die Knappheit zeige sich bereits in Lohnsteigerungen. Gleichzeitig sei die Erwerbsbeteiligung seit der Pandemie rückläufig, es dürfte daher „viele Jahre“ dauern, bis sich die Lage entspannen würde.

Doch die Begründung für die Schritte der Notenbank haben nicht alle Beobachter überzeugt. Kurzfristig seien sie mit der Inflationsentwicklung nicht zufrieden, auch der Arbeitsmarkt sei angespannt, stellte James Lynch, Investment Manager bei Aegon Asset Management, fest.

Doch mittelfristig werde die Inflation wie von Zauberhand wieder auf das Zielniveau zurückkehren. „Dennoch stimmten vier Mitglieder für eine Zinserhöhung um 50 Basispunkte. Das klingt, als ob sie etwas besorgter wären.“

Kitty Ussher, Chefvolkswirtin der Arbeitgeberorganisation Institute of Directors, verwies darauf, dass die Bank of England mit ihrer zurückhaltenden Sicht auf die Preissteigerung zuletzt an Glaubwürdigkeit verloren habe. „Wenn sich in den kommenden Wochen herausstellen würde, dass auch die Erwartung einer Inflationsspitze im April schief ist, dann hat die Entscheidung von heute nicht dazu beigetragen, die angeschlagene Glaubwürdigkeit der Bank unter Wirtschaftsexperten zu verbessern.“

Energiepreise in Großbritannien massiv gestiegen

Sicher ist, dass ab April deutlich höhere Rechnungen für Strom und Gas ins Haus stehen. Im Rahmen der halbjährlichen Preisprüfung hat die Energie-Regulierungsbehörde Ofgem den Preisdeckel, der für die meisten Energietarife gilt, um 693 Pfund (828 Euro) oder 54 Prozent auf 1971 Pfund (2355 Euro) im Jahr angehoben.

So trägt sie den rasant gestiegenen Preisen für Öl und Gas Rechnung. Zum gleichen Zeitpunkt tritt eine Steuererhöhung in Kraft, um die Kosten der Altenpflege zu finanzieren, für die bis heute kein staatliches System existiert.

Schon seit Wochen wird in Großbritannien über mögliche Auswirkungen der massiv gestiegenen Energiepreise diskutiert. Die Regierung hat daher direkt mit einer Gegenmaßnahme reagiert. „Es wäre nicht nachhaltig, die Energiepreise künstlich niedrig zu halten, aber wir können den Schmerz mildern“, betonte Finanzminister Rishi Sunak.

Allen Energiekunden winkt ein Preisnachlass von 200 Pfund (239 Euro), der über die Energieversorger verteilt wird. Diese Unterstützung ziehen die Unternehmen über ihre Rechnungen in den kommenden fünf Jahren aber in 40-Pfund-Schritten wieder ein.

Finanziell schwächere Haushalte können zusätzlich mit einem Zuschuss von 150 Pfund (179 Euro) rechnen. Außerdem werden Gemeinden Töpfe zur Verfügung gestellt, die sie zur Unterstützung nutzen können.

Jeder vierte Haushalt von Brennstoff-Armut bedroht

Die Steigerung um 693 Pfund ist ein Durchschnittswert. Auf ärmere Haushalte, die oft im Voraus zahlen, kommt in vielen Fällen ein noch deutlicherer Anstieg zu.

Die „End Fuel Poverty Coalition“, eine Aktionsgruppe von Wohltätigkeitsorganisationen, Regionalpolitikern und Verbraucherschützern, schätzt, dass durch die höhere Gas- und Strompreise 6,3 Millionen Haushalte, oder jeder vierte, in die Brennstoff-Armut fallen.

Nach Abzug der Miete muss diese Gruppe mehr als zehn Prozent des verbleibenden Einkommens für die Energierechnung zahlen. Viele von ihnen müssen regelmäßig entscheiden, ob sie ihr Geld fürs Heizen oder Essen ausgeben.

Die oppositionelle Labourpartei kritisierte die Maßnahmen der Regierung als Ratenkaufmodell nach dem Muster „jetzt kaufen, später zahlen“. „In dem er den Energieversorgern Milliarden Pfund vorstreckt, spekuliert der Schatzkanzler darauf, dass die Preise fallen werden – aber sie könnten im Oktober noch weiter steigen.“

Was dann? Milliarden mehr, mit denen die Rechnungen der Haushalte belastet werden?“, ätzte Rachel Reeves, die im Schattenkabinett der Opposition für Finanzen zuständig ist.

Labour hatte sich stattdessen stark gemacht für eine Reduzierung der Mehrwertsteuer. Das sei kein fairer Schritt, da davon auch finanziell Bessergestellte profitieren würden, entgegnete Sunak. Auch einer Sondersteuer für Öl- und Gaskonzerne erteilte er eine Absage, da sie die Investitionsbereitschaft von Konzernen reduzieren könnte.

Dass Öl- und Energieversorger in der Energiekrise gut dastehen, hatten nur wenige Stunden vor den Ankündigungen in London die Ergebnisse von Shell unterstrichen. Der bereinigte Gewinn fiel mit 19,3 Milliarden Dollar (17,1 Milliarde Euro) viermal so hoch aus wie 2020, als das Unternehmen wegen der Lockdowns unter einem deutlichen Nachfragerückgang litt.